

Ä21 zu A15: Humanität und Ordnung: Auf uns GRÜNE kommt es an

Antragsteller*innen Regina Hammerl (KV Regensburg-Land)

Von Zeile 140 bis 146:

unmöglich machen und die Situation für Geflüchtete definitiv nicht verbessern. Zur aktuellen europäischen Realität gehört allerdings aber leider auch eine rechtspopulistische Regierung wie die ungarische, die jede Zuwanderung strikt ablehnt. Dazu gehört auch eine europafreundliche, liberale Regierung wie die Polens, die zwar bei der Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge Enormes leistet, aber die Aufnahme Geflüchteter aus anderen Weltregionen ablehnt. Damit müssen wir umgehen, ob es uns gefällt oder nicht. Dies kann und darf jedoch nicht auf dem Rücken der Schutzsuchenden und auf Kosten der Menschenrechte geschehen.

Begründung

Wir müssen deutlicher machen, dass wir zwar Kompromisse aufgrund der ablehnenden Haltung dieser Länder eingehen müssen, aber eben nicht auf Kosten der Menschenrechte. Das muss der Minimalkonsens sein.

Unterstützer*innen

Sandra Smolka (KV Freising), Juliane Fuchs (KV Bamberg-Land), Stefan Haas (KV Dachau)